

Verleihung des CWG-Preises 2012

von Sebastian Ludwicki-Ziegler und Heidi Stoppke



Robert Heisig (links), Sarah Dorst (Mitte links), Professor Dr. John (Mitte rechts), Sonja Schauer (rechts); Foto: Heidi Stoppke

Im Rahmen der feierlichen Verabschiedung der Absolventen der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften wurde zum vierten Mal der CWG-Preis verliehen. Die alljährlich vergebene Auszeichnung soll die Autoren herausragender Abschlussarbeiten prämiieren.

Das Preisgeld in Höhe von 300,- Euro wurde dieses Mal jedoch nicht an einen, sondern an drei Absolventen ausgelobt. „Die Entscheidung fiel uns sehr schwer, wir hätten noch mehr Arbeiten auszeichnen können“, sagte Professor Dr. Klaus D. John (Vorsitzender der Chemnitzer Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft), „aber das waren wirklich drei rundum ausgezeichnete Arbeiten.“

Nicht nur die hohe Zahl an Anmeldungen habe die Auswahl der Preisträger sehr schwierig gestaltet, auch die enorme Bandbreite an unterschiedlichen Themengebieten sei für die Jury eine Herausforderung gewesen. Aus diesem Grund wurde entschieden, den Preis an drei Autoren zu vergeben.

Die exzellenten Abschlussarbeiten decken verschiedene Themengebiete ab: Während sich Sonja Schauer in ihrer Arbeit mit den Auswirkungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes auf die Abschlussprüfung befasste, thematisierte Sarah Dorst in ihrer Masterarbeit weibliche Führung in Ost- und Westdeutschland. Robert

Heisig hingegen untersuchte in seiner Diplomarbeit die Möglichkeiten und Grenzen von Public Private Partnership unter Einbezug ertragssteuerlicher Aspekte.

Für die drei Preisträger war der Gewinn des CWG-Preises eine Überraschung. „Da wird schon die ganze Arbeit belohnt, die man ein Jahr lang hinein gesteckt hat“, meinte Sarah Dorst. „Im ersten Augenblick konnte ich gar nicht glauben, dass ich als Preisträgerin ausgewählt worden war“, versicherte auch Sonja Schauer.

In dieser Ausgabe

Verleihung des CW-Preises 2012 von S. Ludwicki-Ziegler und H. Stoppke	1
„The Limits of Choice. Saving Decisions and Basic Needs in Developed Countries“ von S. Wagenknecht	2
Gründerwoche Deutschland von S. Friedrich	5
Energetisch-wirtschaftliche Bilanzierung von U. Götze und R. Sygulla	6
Zu den Manipulationen des Libor von F. Thießen und T. Jehmlich	7
Die Sieger des SAXEED-Ideenwettbewerbs von S. Friedrich	10
Zitate & Veranstaltungshinweise ..	12

“The Limits of Choice. Saving Decisions and Basic Needs in Developed Countries“

von Sahra Wagenknecht

Im Rahmen des Promotionsverfahrens von Frau Sahra Wagenknecht fand am 30.10.2012 ein öffentlicher Vortrag zum Thema „The Limits of Choice. Saving Decisions and Basic Needs in Developed Countries“ statt. Bei dem hier vorliegenden Artikel handelt es sich um eine deutschsprachige Zusammenfassung der Dissertationsschrift.

Die Lebenszyklus- bzw. Permanente Einkommens-Hypothese (LCPIH), ursprünglich formuliert von Friedman (1957) und Modigliani & Brumberg (1954), ist seit vielen Jahrzehnten das grundlegende mikroökonomische Paradigma zur Erklärung des Konsum- und Sparverhaltens privater Haushalte. Zentrale Hypothese aller auf diesem Ansatz basierenden Modelle ist es, dass Verbraucher ihren Konsum intertemporal optimieren und sich dabei ausschließlich an ihrem permanenten bzw. Lebenseinkommen orientieren. Ersparnisse oder Schulden sind nach dieser Theorie lediglich ein Nebenprodukt des optimalen lebenslangen Konsumverlaufs.

Bereits in den Neunzigern wurde die mangelnde empirische Evidenz der LCPIH kritisch debattiert. Diese Kritik führte zu einer Reihe von Änderungen und Ergänzungen wie der Aufnahme von Liquiditätsbeschränkungen, Vorsichtssparen und Gewohnheitsverhalten. Dadurch konnte der Widerspruch zwischen Modell und beobachtbarem Konsumverhalten aber nur teilweise behoben werden. Wesentliche Stylised Facts des privaten Sparverhaltens blieben unerklärt. Dies betrifft vor allem: Die starke und anhaltende Differenz zwischen den Sparquoten unterschiedlicher Einkommensgruppen, die auch dann nicht verschwindet, wenn das langfristige oder das Lebenseinkommen als Bezugspunkt genommen wird; damit verbunden die extreme Varianz der individuellen Vermögensbestände und der hohe Anteil von Haushalten, die lebenslang nie relevante Beträge sparen.

Zentrale Hypothese der vorliegenden Arbeit ist, dass der Einkommensanteil der Ausgaben zur Befriedigung von Grundbedürfnissen eine entscheidende Erklärungsvariable des individuellen

Sparverhaltens darstellt. Unter Grundbedürfnissen werden dabei nicht nur biologische Überlebensnotwendigkeiten verstanden, sondern die Bedingungen sozialen Überlebens: Was als Grundbedarf zu definieren ist, hängt vom durchschnittlichen Lebensstandard einer Gesellschaft ab. Es wird die These vertreten, dass die Wahlfreiheit, Einkommen zu konsumieren oder zu sparen, sich ausschließlich auf den freien Einkommensanteil bezieht, also auf jenes Einkommen, das nach Abzug aller Grundbedarfsausgaben übrig bleibt.

Ein solcher Ansatz lässt sich auch im Rahmen der LCPIH unter Annahme von Stone-Geary-Präferenzen mit variablem Subsistenzpunkt formalisieren. Es seien $C(t)$ die Konsumausgaben zum Zeitpunkt t und $C^*(t)$ die Subsistenzausgaben, beide preisbereinigt mit dem Konsumdeflator. bezeichne die Zeitpräferenzrate (Discountfaktor) und ρ einen Parameter, δ die Steigung der temporalen Nutzenfunktion spezifiziert. Dann ergibt sich im Rahmen des Constant-Relative-Risk-Aversion-Ansatzes (CRRA) bei perfekter Voraussicht folgende intertemporale Nutzenfunktion:

$$V = \sum_{t=0}^T (1+\delta)^{-t} \frac{(C(t) - C^*(t))^{1-\rho}}{(1-\rho)}$$

Unter Voraussetzung der üblichen Budgetrestriktion aus Lebenseinkommen und vorhandenem Vermögen und bei Annahme eines konstanten Realzinssatzes r ist die Formel für optimales Konsumwachstum unter diesen Bedingungen:

$$\frac{C'(t)}{C(t)} = \frac{1}{\rho} (r - \delta) \left(1 - \frac{C^*(t)}{C(t)} \right) + \frac{C^*(t)}{C(t)}$$

In diesem Modell hängt die intertemporale Substitutionselastizität entscheidend von der Entwicklung des Anteils des Grundbedarfskonsums am gesamten Konsum $\frac{C^*(t)}{C(t)}$ ab. Besteht ein großer Teil des Konsums aus Grundbedarfsausgaben, verliert der Parameter ρ ebenso seinen Einfluss, wie die Differenz zwischen Zinssatz und Discountfaktor an Bedeutung abnimmt. Das optimale Konsumwachstum – und damit das Sparverhalten – wird unter diesen Umständen wesentlich von der Veränderung der Basiskonsumausgaben $C^*(t)$ bestimmt. Generell gilt: Je größer der Basisanteil am Konsum, desto kleiner der Spielraum zur Ersparnisbildung und zum intertemporalen Konsumausgleich.

Es gibt allerdings eine Reihe von Gründen, die an der empirischen Relevanz der LCPIH selbst in dieser modifizierten Form zweifeln lassen. Das betrifft zum einen verschiedene mit der obigen Formel verbundene Aggregationsprobleme und die grundsätzliche Frage, ob die Ersparnis privater Haushalte tatsächlich als abgeleitete Variable einer Nutzenfunktion zu erklären ist, in die als einziges Argument das Konsumniveau in den einzelnen Lebensphasen eingeht. Darüber hinaus ist der vorliegende Ansatz schon aus dem Grunde unpraktikabel, weil weder der künftige Einkommensprozess noch die Entwicklung des Grundbedarfs und seiner Preise für den einzelnen Konsumenten bekannte Größen darstellen und auch die Annahme eines über einen längeren Zeitraum konstanten Realzinses wenig realistisch ist. Die Information über all diese Daten wird aber benötigt, um das aktuelle Konsumniveau zu bestimmen. Auch der Rückgriff auf stochastische Gleichungen löst dieses Problem nicht. Denn auch der Erwartungswert und die Wahrscheinlichkeitsverteilung der betreffenden Variablen sind in einer Welt der Unsicherheit nicht über längere Zeiträume als Information verfügbar, ganz abgesehen davon, dass die Lösung eines Optimierungsproblems mit mindestens drei stochasti-



Unter der regen Anteilnahme der Angehörigen der TU Chemnitz und der Medienöffentlichkeit referierte die Bundestagsabgeordnete Sahra Wagenknecht am 30.10.2012 zum Thema „The Limits of Choice. Saving Decisions and Basic Needs in Developed Countries“. Foto: Kristin Schmidt

schen Variablen (Einkommen, Zinssatz, Grundbedarfsausgaben) selbst für ausgebildete und mit modernster Computersoftware ausgestattete Ökonomen keine alltagstaugliche Entscheidungsrichtschnur sein dürfte.

Deshalb wird auf den Versuch, die oben stehende Gleichung empirisch zu testen, verzichtet. Statt dessen wird eine Daumenregel zur Erklärung des individuellen Sparverhaltens vorgeschlagen, die den plausiblen Gedanken aufgreift, dass Menschen nur sparen, wenn ihr laufendes Einkommen die Grundbedarfsausgaben übersteigt, und dass sie entsparen bzw. sich verschulden, wenn ihr Einkommen unter die nötigen Ausgaben zur Deckung der Basisbedürfnisse fällt. Dabei wird die vereinfachende Annahme gemacht, dass die Grundbedarfsausgaben zu einem gegebenen Zeitpunkt für alle Mitglieder einer Gesellschaft identisch sind, der Grundbedarf also nicht von der individuellen Einkommenshöhe, sondern nur vom durchschnittlichen Lebensstandard abhängt. Getestet wird also folgende Regel:

$$s_j = \begin{cases} \alpha_1(1 - cc^*/y_j), & \text{wenn } y_j \geq cc^* \\ \alpha_2(1 - cc^*/y_j), & \text{wenn } y_j < cc^* \end{cases}$$

Dabei ist s_j die individuelle Sparquote, y_j das relative Einkommen des betreffenden Haushalts und cc^* der Einkommensanteil, den ein Durchschnittsverdiener in der betreffenden Periode zur Deckung seiner Grundbedürfnisse aufwenden muss. α_1 und α_2 sind die Spar-

bzw. Entsparneigung aus dem freien Einkommensanteil, der in letzterem Falle negativ ist. Auch hier wird vereinfachend angenommen, dass Spar- und Entsparneigung für alle Konsumenten zu einem bestimmten Zeitpunkt gleich sind.

Wenn die individuelle Sparquote dieser Regel folgt, ergibt sich für die aggregierte Sparquote:

$$s = \alpha_1(1 - cc^*) + [\alpha_1 - \alpha_2]k[cc^* - y\{ns\}]$$

Dabei ist k der Anteil der nichtsparenden Haushalte in einer Gesellschaft und $y\{ns\}$ das durchschnittliche relative Einkommen der Nichtsparer. Neben der Sparneigung α_1 wird die aggregierte Sparquote somit vor allem vom *Necessity Share* cc^* – dem durchschnittlichen Anteil der Grundbedarfsausgaben am Einkommen – bestimmt. Sofern sich Spar- und Entsparneigung unterscheiden, wird die aggregierte Sparquote zusätzlich durch Verteilungsparameter beeinflusst: durch den Anteil der nichtsparenden Haushalte in einer Gesellschaft und deren durchschnittliches relatives Einkommen.

Das vorgeschlagene Sparmodell prognostiziert folgendes Sparverhalten:

1. Im Querschnitt steigen die Sparquoten mit dem relativen Einkommen. Diese Steigung bleibt auch dann erhalten, wenn das langfristige oder Lebenseinkommen (je relativ zum Durchschnitt) als Bezugspunkt gewählt wird. Konsumenten mit ei-

nem permanent niedrigen relativen Einkommen sind in ihrem gesamten Leben nicht in der Lage, relevante Beträge zu sparen.

2. Makroökonomisch gibt es weder im Zeitverlauf noch im Ländervergleich eine signifikante Korrelation zwischen Durchschnittseinkommen und Sparquote.
3. Wird angenommen, dass der Grundbedarf sich an langfristigen Trends in der Entwicklung des Lebensstandards orientiert, ist eine positive Korrelation zwischen Wachstumsrate und Sparquote wahrscheinlich, da dann in Jahren, in denen das Einkommenswachstum über dem langfristigen Schnitt liegt, der freie Einkommensanteil größer wird.
4. Sofern der *Necessity Share* im Zeitverlauf stärker variiert als die allgemeine Sparneigung (wofür einiges spricht), sind die Sparquoten von Haushalten in den unteren Einkommensgruppen im Zeitverlauf volatiler als die der oberen Einkommenschichten.
5. Zu einem gegebenen Zeitpunkt wiederum ist die Varianz der individuellen Sparquoten innerhalb der unteren Quintile wegen der eingeschränkten Wahlfreiheit geringer als in den Gruppen der Besserverdienenden.
6. Wenn die Sparneigung die Entsparneigung übersteigt, erhöht wachsende Ungleichheit die Sparquote einer Gesellschaft. Im umgekehrten Fall senkt sie diese. In Volkswirtschaften mit dereguliertem Finanzmarkt, in denen Konsumenten extrem leichten Zugang zu Kredit haben (wie in den USA, zumindest bis 2008), ist also damit zu rechnen, dass wachsende Ungleichheit der Einkommensverteilung mit einer sinkenden Sparquote einhergeht. In Gesellschaften mit restriktiven Kreditmärkten bewirkt wachsende Ungleichheit einen Anstieg der Sparquote.

Alle diese Vorhersagen stehen in Übereinstimmung zu den nach umfassender Sichtung der Literatur zu Beginn unserer Arbeit identifizierten Stylised Facts des Sparverhaltens auf Mikro- und Makroebene. Auch die empirischen Fakten, an denen die LCPIH-Modelle

traditionell scheitern, können im Rahmen unseres Modells problemlos erklärt werden.

Um die Hypothese einer negativen Beziehung zwischen Necessity Share und Sparquote direkt testen und reale Sparquoten im Querschnitt und im Zeitverlauf über unsere Modellgleichung reproduzieren zu können, muss die Schlüsselvariable, der Necessity Share, genauer definiert werden. Für die Entscheidung, welche Konsumausgaben zum Basiskonsum zu zählen sind und welche nicht, analysieren wir die Konsumausgaben unterschiedlicher Einkommensgruppen für Deutschland und die USA unter Einbeziehung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), des Sozioökonomischen Panel (SOEP) und des Consumer Expenditure Survey (CEX). In Abhängigkeit von der Steigung der Engelkurven und der Varianz im Zeitverlauf werden verschiedene Konsumkategorien identifiziert, bei denen davon auszugehen ist, dass sie zum großen Teil der Deckung von Grundbedürfnissen dienen: Ausgaben für Nahrungsmittel und Getränke (ohne Restaurants), Wohnkosten (Mieten, Wasser-, Energie- und Heizungskosten, Zinsen auf Hypotheken), Ausgaben für öffentlichen und Individualverkehr (ohne Autokäufe), Ausgaben für Kommunikation, Bildung und Gesundheit.

Auf dieser Basis wird der zeitliche Verlauf des Necessity Share für die USA und Deutschland in zwei verschiedenen Annäherungen rekonstruiert: Zum einen wird der Anteil der genannten Konsumkategorien an den gesamten Konsumausgaben kalkuliert (nicht am Einkommen, um jede verdeckte Beziehung zur Sparquote auszuschließen). Zum anderen wird die Entwicklung des Necessity Share als Summe zweier spezieller Raten berechnet: der excess basic inflation und des excess basic growth. Die excess basic inflation ergibt sich aus der Differenz zwischen einem speziellen Preisindex für die genannten Basisgüterkategorien und dem allgemeinen Konsumdeflator. Die Berechnung des excess basic growth erfolgt unter der Annahme, dass der (preisunabhängige) Grundbedarf jährlich mit einer Rate wächst, die dem durchschnittlichen Realeinkommenswachstum der vorangegangenen zehn Jahre entspricht. Das excess basic

growth entspricht der Differenz dieses langfristigen Durchschnitts und der aktuellen Wachstumsrate des Realeinkommens. Die Rate der excess basic inflation ist positiv, wenn die Inflation im Bereich der Grundbedarfsgüter höher ist als die allgemeine Verbraucherpreis-inflation. Das excess basic growth ist positiv, wenn das langfristige Einkommenswachstum über dem aktuellen liegt. Ist die Summe beider Raten positiv, wächst der Necessity Share, im umgekehrten Fall nimmt er ab.

Der zeitliche Verlauf des Necessity Share wird in beiden Annäherungen jeweils für Deutschland und die USA berechnet, und zwar zum einen unter Verwendung von Konsumdaten aus den Einkommenspanels (EVS bzw. CEX), zum anderen unter Verwendung der nationalen Statistik (VGR bzw. NIPA). In beiden Ländern sind die sich aus diesen verschiedenen Statistiken und Berechnungsmethoden ergebenden Verläufe des Necessity Share untereinander stark korreliert, beide Methoden ergeben also ein ähnliches Muster.

Die Hypothese einer negativen Beziehung zwischen Sparquote und Necessity Share wird in den Regressionen für alle Annäherungen in einem Zeitraum von bis zu 60 Jahren bestätigt. Die Signifikanz des negativen Koeffizienten beträgt in der Regel über 95 Prozent, teilweise sogar über 99 Prozent. Der Determinationskoeffizient liegt bei bis zu 0,8.

Als weiteren Test berechnen wir mittels unseres Modells Querschnittssparquoten und vergleichen das Ergebnis mit Kuznets' Datensatz zum Sparverhalten unterschiedlicher Einkommensgruppen in den USA zwischen 1929 und 1950 sowie mit den Daten der vier jüngsten Einkommens- und Verbrauchsstichproben in Deutschland (1993-2008). Die realen Sparkurven über relativem Einkommen werden in beiden Fällen von unserem Modell gut reproduziert. Darüber hinaus können wir zeigen, dass eine starke Diskrepanz im Necessity Share (u.a. aufgrund gravierender Unterschiede in den Wohnkosten) das divergierende Sparverhalten in Ost- und Westdeutschland in den Jahren nach der deutschen Vereinigung erklären kann, ein Unterschied, der sich seit der Jahrtausendwende weitgehend ausgeglichen hat.

Abschließend reproduzieren wir den Verlauf der aggregierten privaten Sparquote mittels unseres Modells für die Jahre 1955 bis 2009 in den USA und für 1970 bis 2010 in Deutschland (der unterschiedliche Zeithorizont geht auf fehlende Konsumdaten für die Jahre vor 1970 in Deutschland zurück). Werden im Zeitverlauf konstante Spar- und Entsparneigungen angenommen, geht also der Necessity Share als einzige Erklärungsvariable in die Kalkulation ein, kann unser Modell immerhin 85 Prozent der Varianz der US-Sparquote (NIPA), 85 Prozent der Varianz der deutschen Sparquote (EVS) und 80 Prozent der deutschen Sparquote (VGR) über einen Zeitraum von 55 bzw. 41 Jahren erklären.

Verabschieden wir uns von der Annahme einer im Zeitverlauf konstanten Spar- und Entsparneigung und nehmen an, dass die Sparneigung positiv auf die Höhe der Nominalzinsen reagiert und die Entsparneigung (bzw. der Kreditzugang) sich einmalig mit der Deregulierung der Finanzmärkte erhöht und mit Einsetzen der Finanzkrise 2008 wieder verringert hat, sowie berücksichtigen wir für beide Länder wachsende Einkommensungleichheit in den Jahren ab 1980, wächst die Erklärungskraft unseres Modells auf 93 (Deutschland) bzw. 94 (USA) Prozent der Varianz der privaten Sparquote im angegebenen Zeitraum.

Als Nullhypothese wird eine Sparfunktion getestet, in der die Sparneigung von 6 monetären Variablen (Nominalzinsen, Realzinsen, Inflation, jeweils aktuell und um ein Jahr verzögert) beeinflusst wird. In der Nullhypothese bezieht sich die Sparneigung auf das gesamte Einkommen und nicht nur auf den freien Einkommensanteil jenseits des Necessity Share. Trotz der höheren Variablenzahl liegt die Erklärungskraft dieses Ansatzes um 40 Prozentpunkte unterhalb der Erklärungskraft unseres Modells für die USA und um 10 Prozentpunkte unterhalb unserer Sparhypothese für Deutschland.

All das unterstützt unsere These, dass nötige Grundbedarfsausgaben die Fähigkeit der Haushalte zur Ersparnis limitieren und die Wahlfreiheit, zu sparen oder zu konsumieren, sich ausschließlich auf den Einkommensanteil bezieht, der den Basiskonsum übersteigt. Die

hohe Erklärungskraft des vorgestellten Modells ist umso bemerkenswerter, als eine Reihe von institutionellen Rahmenbedingungen, die die Sparneigung

beeinflussen (Steueranreize, Rentenprivatisierung usw.) in unserer Analyse ausgeklammert blieben. Es spricht also viel dafür, dass der Necessity Share im

Querschnitt und im Zeitverlauf eine entscheidende Erklärungsvariable des Sparverhaltens privater Haushalte darstellt.

Gründerwoche Deutschland

von Sissy Friedrich



Podiumsdiskussion „Finanzierungsmöglichkeiten für innovative Ideen – Vom VC bis zu Mikrokrediten für Studenten“: Sebastian Schmidt (Ideenkredit GmbH), Martin Böhringer (Hojoki GmbH), Moderator Titus Lindl (WEGVISOR), Holger Löbel (BASELABS GmbH) und Kevin Tost (TGFS) (v.l.n.r.). Foto: SAXEED

Die TU Chemnitz beteiligte sich mit drei Abendveranstaltungen zu Unternehmertum, Gründungsvoraussetzungen und der Finanzierung innovativer Geschäftsideen an der „Gründerwoche Deutschland“.

Die Gründerwoche Deutschland ist Teil der Global Entrepreneurship Week, einer weltweiten Aktionswoche zur Förderung des Unternehmergeistes, die vom 12. bis 18. November 2012 zeitgleich in über 100 Ländern stattfand. Schüler, Studierende und andere Gründungsinteressierte erhielten eine Woche lang die Gelegenheit, sich über Chancen und Möglichkeiten der Unternehmensgründung zu informieren und eigene Geschäftsideen zu entwickeln.

Den Auftakt der Gründerwoche in Chemnitz machte das Projekt „Unternehmenszukunft Sachsen“ der TU Chemnitz am Montag, dem 12. November 2012. Bei der Veranstaltung „Karriereweg Firmenchef“ wurde der Blick auf das Thema der Unternehmensnachfolge gelenkt. Dazu gingen drei Unternehmer der Frage nach, was es überhaupt bedeutet, ein Unternehmer zu sein und wie die Businessplanung und die Unternehmensführung

damit einhergehen. Matthias Drücker vom Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr gab zudem Einblicke und Hintergrundinformationen der Unternehmensnachfolge im Freistaat Sachsen.

Unter dem Motto „Gute Gründe zum Gründen“ lud am Folgetag das Technologie Centrum Chemnitz (TCC) zu einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion ein. Barbara Ludwig (Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz), Prof. Dr. Andreas Schubert (Prorektor für Wissens- und Technologietransfer der TU Chemnitz) sowie Unternehmer, die in den letzten Jahren von SAXEED und vom TCC begleitet wurden, diskutierten über Potenziale und Voraussetzungen für Unternehmensgründungen in Chemnitz. Dabei fiel immer wieder auf, wie wichtig es für die Start-ups ist, qualifiziertes Personal in der Region zu halten bzw. anzuziehen.

Das Thema der Gründungs- und Wachstumsfinanzierung beleuchtete die Veranstaltung am Donnerstag, dem 15. November 2012 im Alten Heizhaus der TU Chemnitz. In der vom Gründer Netzwerk SAXEED organisierten und durchgeführten Veranstaltung berichteten zwei von SAXEED betreute Hochschulausgründungen über ihren Weg zur Finanzierung: die Hojoki GmbH, in die Kizoo Technology Capital eine deutlich sechsstellige Summe investierte, sowie die BASELABS GmbH, die sich im Sommer 2012 eine Seed-Finanzierung vom Technologiegründerfonds Sachsen (TGFS) sicherte. Außerdem informierte die Ideenkredit GmbH über ihr Mikrokreditprogramm für studentische Unternehmer.

Das Gründernetzwerk SAXEED, finanziert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Freistaates Sachsen, unterstützt Gründungsinteressierte an der Technischen Universität Chemnitz, der Westsächsischen Hochschule Zwickau, der Hochschule Mittweida und der TU Bergakademie Freiberg. Mit einem umfangreichen Vorlesungs- und Workshopprogramm, individuellen Beratungsangeboten und Sensibilisierungsmaßnahmen rund um das Thema Existenzgründung fördert SAXEED insbesondere Ausgründungen aus diesen Hochschulen. Auch im Jahr 2013 beteiligt sich SAXEED an der Gründerwoche Deutschland vom 18. bis 24. November: „Mit unseren Veranstaltungen möchten wir dazu beitragen, die künftigen Gründer bestmöglich zu unterstützen und ihnen ein realistisches Bild der Karriereoption ‚Existenzgründer‘ durch vielfältige Einblicke zu vermitteln“, sagt Susanne Schübel von SAXEED.

Energetisch-wirtschaftliche Bilanzierung: Eine interdisziplinäre Aufgabe im Rahmen der Gestaltung einer energieeffizienten Produktion

von Professor Dr. Uwe Götze und Ronny Sygulla

Die Gestaltung energieeffizienter Produktionsprozesse ist eines der drei Forschungsschwerpunktfelder der TU Chemnitz, welches unter anderem durch den sächsischen Spitzentechnologiecluster „Energieeffiziente Produkt- und Prozessinnovationen in der Produktionstechnik“ (eniPROD®) unteretzt wird. Dieser folgt der Vision einer energieautarken, emissionsfreien und damit nachhaltigen Produktion. Für die zielgerichtete Gestaltung einer solchen nachhaltigen Produktion ist es unter anderem notwendig, Verbesserungspotenziale in bestehenden technischen Systemen zu identifizieren sowie erarbeitete energieeffiziente Lösungen vor dem Hintergrund technischer, ökonomischer und ökologischer Kriterien zu bewerten. Die handlungsfeldübergreifende Entwicklung und Diskussion hierfür geeigneter Ansätze und Methoden sind die Kernanliegen der Querschnittsarbeitsgruppe (QAG) 1 „Energetisch-wirtschaftliche Bilanzierung“ des Clusters. Unter dem Titel „Energetisch-wirtschaftliche Bilanzierung und Bewertung technischer Systeme – Erkenntnisse aus dem Spitzentechnologiecluster eniPROD“ ist nun eine online verfügbare Zusammenfassung der Tagungsbände der beiden Methodenworkshops der QAG 1 erschienen.

Im Rahmen des sächsischen Spitzentechnologie- und gleichzeitig Landesexzellenzclusters eniPROD arbeiten insgesamt 75 Wissenschaftler der TU Chemnitz und des Fraunhofer-Instituts für Werkzeugmaschinen und Umformtechnik (IWU) an konkreten Lösungen für eine energieeffiziente(re) Produktion. In sechs Handlungsfeldern erforschen interdisziplinäre Teams spezifische Teilaspekte, die von der Entwicklung neuer Werkstoffe über die Gestaltung energieeffizienter Maschinen und Produktionsprozesse bis hin zur Planung ganzer Fabriksysteme unter dem Ziel der Energieeffizienz



Abbildung 1: Der eniPROD-Cluster besteht aus sechs Handlungsfeldern und fünf übergreifenden Querschnittsarbeitsgruppen

(Quelle: www.eniprod.tu-chemnitz.de/methoden.php)

reichen. Bei der Arbeit in den Handlungsfeldern wurde schnell klar, dass im Rahmen der Entwicklung von Methoden und Instrumenten trotz der unterschiedlichen Untersuchungsobjekte sehr ähnliche Fragen zu beantworten sind bzw. dass für ein bestimmtes Objekt geschaffene Lösungen auf Objekte anderer Handlungsfelder übertragen werden können. Darüber hinaus birgt ein entsprechender projektweiter Austausch die Möglichkeit, Themen zu bearbeiten, die über die engen Grenzen der einzelnen Handlungsfelder hinausgehen. Die Struktur des Clusters wurde daher um QAGs erweitert (vgl. Abbildung 1), deren primäres Ziel die Förderung eines ebensolchen handlungsfeldübergreifenden Austauschs ist. Jede der fünf QAGs fokussiert dabei einen bestimmten Themenblock, der als Rahmen bzw. als thematische Leitlinie für den Austausch dient.

Unter dem Titel „Energetisch-wirtschaftliche Bilanzierung“ widmet sich die QAG 1 vorrangig Fragen der Erfassung, Analyse sowie Bewertung von Energieverbräuchen technischer Systeme und Maßnahmen zu deren Verbesserung, wobei insbesondere die ent-

sprechenden ingenieurwissenschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Methoden im Fokus stehen. Daneben werden aber bspw. auch Ansätze der Visualisierung von Energieflüssen diskutiert. Die QAG begreift sich hierbei vor allem als Plattform für den handlungsfeldübergreifenden Austausch und als Initiator entsprechender gemeinsamer Forschungsaktivitäten. In diesem Zusammenhang entstand unter anderem die Idee, im Rahmen eines eniPROD-internen Methodenworkshops aktuelle Arbeiten zum Thema zu präsentieren und zur Diskussion zu stellen. Neben dem direkten Feedback eines breiten Fachpublikums erhofften sich die Veranstalter auch die Schaffung einer „Wissensbasis“, die dauerhaft für projektinterne Zwecke zur Verfügung gestellt werden könnte.

Bereits am 26. November 2010, dem Tag des ersten Methodenworkshops, wurde deutlich, dass die erzielten Ergebnisse Potenzial für mehr als die angedachte bloße Bereitstellung der Vorträge als interne „Wissensbasis“ boten. Die elf Vorträge wurden von den rund fünfzig Teilnehmern sehr intensiv diskutiert und es gab mehrfach die An-

regung, doch einen Tagungsband mit ausführlichen Papern zu veröffentlichen. Die durchweg positive Resonanz auf den Workshop zeigte sich nicht zuletzt auch darin, dass die Zahl der im Tagungsband veröffentlichten Beiträge durch nachträgliche Einreichungen auf dreizehn gesteigert werden konnte. Inhaltlich standen die Vorstellung und Adaption bestehender Ansätze auf die eniPROD-spezifischen Fragestellungen bzw. die Entwicklung eigener theoretischer und zumeist disziplinspezifischer Ansätze im Vordergrund der Beiträge.

Unter dem Eindruck des Erfolgs des ersten Methodenworkshops stand der Entschluss für eine Wiederholung der Veranstaltung sehr schnell fest. Bis zur Umsetzung dieses Plans sollten dennoch zwei Jahre vergehen. Am 14. November 2012 konnten schließlich wiederum ca. fünfzig Teilnehmer zum 2. Methodenworkshop der QAG 1 begrüßt werden. Um dem interdisziplinären Austausch zum Themenkreis energetisch-wirtschaftliche Bilanzierung und Bewertung eine neue Qualität zu geben, richtete sich der Workshop nun explizit auch an Wissenschaftler außerhalb des Clusters sowie aufgrund der thematischen Nähe an die Studierenden des Masterstudiengangs Nachhaltige Energieversorgungstechnologien. In insgesamt achtzehn Vorträgen, die teilweise in parallelen Sessions gehalten

wurden, berichteten interne und externe Referenten von ihren aktuellen Forschungsergebnissen. Hierbei zeigte sich zum einen, dass die im eniPROD-Cluster erforschten Fragestellungen und Lösungsansätze einer energieeffizienten Produktion hochaktuell sind und auch von anderen Institutionen in Wissenschaft und Praxis aufgegriffen werden. Zum anderen ließ sich im Vergleich mit dem ersten Tagungsband feststellen, dass sich der Schwerpunkt der Arbeit im eniPROD-Cluster von der Entwicklung von Methoden hin zu deren Anwendung und Validierung verschoben hat.

Der nun erschienene Band mit dem Titel „Energetisch-wirtschaftliche Bilanzierung und Bewertung technischer Systeme – Erkenntnisse aus dem Spitzentechnologiecluster eniPROD“ fasst erstmals die Ergebnisse beider Workshops in einer digitalen Version zusammen. Sämtliche Beiträge wurden noch einmal überarbeitet, um unter anderem auch den Anforderungen renommierter internationaler Datenbanken zu entsprechen. Unter der URN: urn:nbn:de:bsz:ch1-qucosa-109067 kann der Band kostenfrei abgerufen werden.

Danksagung

Die Autoren danken der europäischen Union (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) und dem Freistaat

Sachsen für die Förderung des Spitzentechnologieclusters „Energieeffiziente Produkt- und Prozessinnovationen in der Produktionstechnik“ (eniPROD®).



Gefördert aus Mitteln der Europäischen Union

Europa fördert Sachsen.
EFRE
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung

Publikationsdaten

Neugebauer, R.; Götze, U.; Drossel, W. G.: Energetisch-wirtschaftliche Bilanzierung und Bewertung technischer Systeme – Erkenntnisse aus dem Spitzentechnologiecluster eniPROD, Tagungsband zum 1. und 2. Methodenworkshop der Querschnittsarbeitsgruppe 1 „Energetisch-wirtschaftliche Bilanzierung“ des Spitzentechnologieclusters eniPROD, Auerbach: Wissenschaftliche Scripten, 2013. ISBN: 978-3-942267-72-4, URN: urn:nbn:de:bsz:ch1-qucosa-109067

Weiterführende Informationen zum Projekt finden Sie unter:

www.eniprod.eu

Zu den Manipulationen des Libor: Falsche oder richtige Anschuldigungen an Banken?

von Professor Dr. Friedrich Thießen und Tommy Jehmlich

Fast täglich konnte man in der Vergangenheit über Manipulationen des wichtigen Referenzzinssatzes Libor durch Banken lesen. Die Berichte hatten zumeist den Tenor, dass Banken die Nutzer des Libor durch eine bewusste Manipulation des Libor geschädigt hätten. Allerdings ist es so einfach nicht. Nicht jede Beeinflussung schädigt die Nutzer, und einige der Beeinflussungen haben sogar die Funktion des Libor verbessert, obwohl sie gegen das Regelwerk der British Bankers Association (BBA) verstießen. Im Folgenden wollen wir zeigen, dass

die Händler, welche den Libor in den kritischen Tagen der Subprimekrise entgegen den Regeln der BBA nach unten manipulierten, dem Libor tatsächlich zu Werten verholfen haben, die richtiger waren, als wenn das BBA-Regelwerk korrekt angewendet worden wäre. Die BBA hatte dieses Regelwerk 1998 geändert und dabei einen entscheidenden Fehler gemacht, der zunächst nicht auffiel und sich erst während der Subprimekrise verheerend bemerkbar machte.

Der ganze Vorgang und insbesondere das Verhalten der Händler erinnert an

das Wort aus Goethes Faust von der Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Der Ursprung des Libor

Betrachten wir zunächst die Geschichte des Libor, aus der seine ursprünglichen Ziele hervorgehen. Daraus werden die gemachten Fehler ganz offensichtlich.

Begründet wurde der Libor 1986 als Indikator des Geldmarktes. Seine Geschichte beginnt aber lange vorher. Sie wurzelt in der Geldpolitik der Bank of England (BoE) in den 70er Jahren. Die BoE steuerte die Liquiditätsversorgung

der Wirtschaft mittels Notes (Wechseln), die sie über die feine, kleine Gruppe von elitären und absolut sicheren Banken, den sogenannten Discount Houses, verbreitete. Die zwölf Discount Houses tauschten Wechsel mit anderen Banken und übertrugen so die geldpolitischen Impulse an den Markt.¹ Der Satz, zu dem die Zentralbank Wechsel handelte, war die Bank Rate. Sie fungierte auch als Referenzsatz für die Geldgeschäfte der Banken mit ihren Kunden. Die Bank Rate war der „sichere“ Zins, auf den die Banken ihre Transaktionskosten und die relevanten Risikokosten als Marge aufschlugen.

Die Discount Houses als zentrale Intermediäre am Geldmarkt waren „of old standing, great wealth and first-rate credit.“² Dadurch waren sie in der Lage, die geldpolitischen Impulse der Bank of England ohne Verzerrungen durch eigene Bonitätsprobleme in den Markt weiterzugeben. Gerade deshalb waren die Konditionen des Londoner Marktes als Marktbarometer anerkannt: „The market rate of discount in London is perhaps the most sensitive and trustworthy barometer of international monetary conditions.“³

Aus dieser Zeit der britischen Geldpolitik stammen die Ideen, dass (i) relativ wenige Banken, hier also nur 12 Discount Houses, am Geldmarkt eine entscheidende Rolle spielen und der Markt trotz der geringen Zahl gut funktioniert und dass (ii) Banken, die das Zentrum des Geldmarktes darstellen, „per se“ bzw. „per Historie“ absolut sicher sind, so dass deren Konditionen einen Indikator für den Markt im Allgemeinen darstellen. Gerade diese letztere Idee führte 1998 zu einer laxen Formulierung von Vorschriften, was dann wenige Jahre später zum Verhängnis wurde.

Ab den 70er Jahren änderte die Bank of England ihre Geldpolitik. 1972 ersetzte sie die Bank Rate durch die Minimum Lending Rate. 1981 wurde dann ein ganz neues System mit einer Zinsbandbreite eingeführt. Der Zins, zu dem die BoE Geschäfte abschloss,

wurde Band I Dealing Rate genannt. Dieser Zins lag innerhalb einer Bandbreite („Band I“), welche die BoE aber nicht bekannt gab. Zugleich führte die BoE dirigistische Maßnahmen ein, was den Markt verunsicherte. Dies führte dazu, dass die Banken freier in der Wahl ihrer eigenen Base Rates agierten und stärker auf Marktbewegungen unabhängig vom Zentralbankzins achteten. Der Geldmarkt löste sich etwas vom Zentralbankzins. Der Interbankenmarkt wurde wichtiger. Die Discount Houses verloren an Bedeutung. Es fehlte aber zunächst ein Indikator für den Markt.

Dieser wurde 1986 mit dem Libor geschaffen. Auslöser waren die aufgekommene Swapgeschäfte, die einen Referenzzins benötigten. Die Entwicklung eines Regelwerkes startete im Oktober 1984, als die British Bankers Association begann, über Standards nachzudenken. Es entstanden die BBAIRS – Standards für Zinsswaps –, die ab September 1985 angewandt wurden. Teil dieser Standards waren Regeln für „Interest Settlement Rates“. Daraus entstand der Libor, der im Januar 1986 erstmals berechnet wurde.

Die Frage, welche die mitwirkenden Banken (Contributors) zu beantworten hatten, lautete: „At what rate do you think interbank term deposits will be offered by one prime bank to another prime bank for a reasonable market size today at 11am?“ Die gemittelten und um Ausreißer bereinigten Antworten waren der Libor.

Unübersehbar hat diese Frage einen hypothetischen Charakter, indem auf fiktive Geschäfte zwischen erstklassigen Banken abgezielt wird. Der Grund dafür liegt darin, dass für einen Marktindikator eben nicht die Konditionen konkreter Banken sinnvoll sind, sondern die Konditionen von bonitätsmäßig einwandfreien Banken. Diese sind nämlich nicht mehr von den individuellen Verhältnissen der meldenden Bank beeinflusst, sondern spiegeln die „reine“ geldpolitische Situation wider.

Die Revision des Regelwerkes als Ursache der Probleme

Die oben genannte Frage wurde in einer großen Revision des Regelwerkes

1998 geändert in die folgende Frage: „At what rate could you borrow funds, were you to do so by asking for and then accepting inter-bank offers in a reasonable market size just prior to 11 am?“ Die fiktive Prime Bank war entfallen und durch konkrete Geldmarktbanken („could you borrow“) ersetzt. Es entfiel der Verweis auf die Prime Bank „due to a view that a universal definition of a prime bank could no longer be given.“⁴ Die Verhältnisse am Geldmarkt hatten sich geändert. Von den sicheren ehemaligen Discount Houses war lange keine Rede mehr. Neue Institutionen mischten am Geldmarkt mit, und die Frage, was eine Prime Bank sei, war nicht mehr ohne Probleme beantwortbar. Da sich aber an den grundsätzlichen Zielen des Libor nichts geändert hatte, schwang in der Frage fast selbstverständlich die Aussage mit „at what rate could you – as a prime bank – borrow ...“. Denn nur bonitätsmäßig einwandfreie Banken können mit ihren Zinssätzen einen Indikator für den Markt „im Allgemeinen“ geben.

Dies entspricht auch einer Sicht, die in Lehrbüchern seit Jahren eingenommen wird. Zantow und Dinauer sprechen davon, dass der Libor die Geldmarktkonditionen „erstklassiger“ Banken darstellt.⁵ Er spiegelt Geschäfte „zwischen Banken erster Bonität (prime banks)“ wider.⁶ Berk und DeMarzo sprechen in ihrem international verbreiteten Buch von den Contributor-Banken als Banken mit „the highest credit quality.“⁷ Und dies ist nicht relativ, sondern absolut gemeint.

Den Zusatz „you as a prime bank“ hatte man aber wegfallen lassen, weil zum damaligen Zeitpunkt gar nicht vorstellbar war, dass britische Geldhandelsbanken ihren Prime-Charakter verlieren könnten. Das neue Regelwerk war lax entwickelt worden.⁸ Die oben erwähnten historischen

⁴ Siehe <http://www.bbalibor.com/bbalibor-explained/historical-perspective>

⁵ Zantow / Dinauer, Finanzwirtschaft des Unternehmens, 2011, S.48

⁶ Zantow / Dinauer, Finanzwirtschaft des Unternehmens, 2011, S.48

⁷ Berk / DeMarzo, Corporate Finance, Boston, 2007 S. 859

⁸ Dies geht u.a. daraus hervor, dass jetzt über eine erneute Revision nachgedacht wird.; vgl. o.V., 2012, Libor Scandal Widens Its Reach, in: Euro-Treasurer, Issue 22, 6.Dez. 2012

¹ G.A. Fletcher, 1976, The discount houses in London: Principles, operations and change, London

² <http://www.oldandsold.com/articles11/meaning-of-money-7.shtml>

³ <http://www.oldandsold.com/articles11/meaning-of-money-7.shtml>

Erfahrungen mit Geldmarktbanken spielten dabei eine Rolle. Das Regelwerk wirkte sich schon wenige Jahre nach der Änderung während der Subprimekrise desaströs aus. Denn nach der neuen Formulierung mussten die Banken nicht mehr berichten, was eine fiktive, bonitätsmäßig einwandfreie Prime Bank für einen Zinssatz anbieten würde, sondern welchen Zinssatz sie selbst anbieten müssen, um an Geld zu gelangen. Damit hat sich eine dramatische Wendung ergeben: Denn die Frage nach den vermuteten Konditionen von fiktiven, erstklassigen Prime Banks zielt auf die Lage am Geldmarkt im Allgemeinen ab. Sie zielt auf den von Bonitätsrisiken unbeeinflussten „eigentlichen“ Marktzins. Währenddessen zielt die neue Frage nach den Konditionen konkreter Banken, die nun je nach eigener Bonität einmal mehr oder weniger hohe Zinssätze nennen müssen. Solange die Contributors so wie früher die Discount Houses erstklassig und bonitätsmäßig einwandfrei sind, besteht kein Unterschied zwischen beiden Fragen. Wenn aber die Contributors z.B. durch Geschäfte am Subprimemarkt in ihrer Bonität eingeschränkt sind, ergeben sich zwischen beiden Fragen drastische Unterschiede.

In dem Moment, in welchem die Contributors in der Bonität zurückfallen, haben sie nicht mehr den Charakter von Prime Banks. Ihr Zinssatz reflektiert dann nicht mehr den Marktzins, sondern eine Mischung aus Marktlage und eigener Bonitätslage. Da die British Bankers Association die Contributors u.a. nach deren Größe ausgewählt hatte, waren die Contributor-Banken kein Durchschnitt des Marktes, sondern eine selektive Gruppe, von denen viele aufgrund ihrer Größe und ihrer Verstricktheit in die US-amerikanischen Subprimegeschäfte Sonderprobleme hatten.

Wer hat manipuliert?

Es ergibt sich also: Die Nutzer des Libor erwarten und gehen nach wie vor davon aus, dass der Libor einen Referenzzins des Marktes darstellt, der aus den Konditionen von bonitätsmäßig einwandfreien erstklassigen Banken abgeleitet wird,

während der Libor tatsächlich seit der Regeländerung von 1998, die kaum jemand wahrgenommen hat, einen Satz einiger weniger (teilweise weniger als 10) Banken am Londoner Finanzplatz darstellt, deren Bonität teilweise weit von Prime-Qualität entfernt ist.

Hierin liegt ein enormer Widerspruch, der nach Ausbruch der Subprimekrise, als sich die Bonität der Londoner Banken drastisch verschlechterte, zum Problem wurde: Der Markt insgesamt wurde in dieser Zeit durch Zentralbankgelder mit Liquidität geflutet. Das Zinsniveau sank. Erstklassige Banken zahlten immer weniger Zinsen für Einlagen. Der Libor als Marktindikator hätte sinken müssen. Währenddessen verschlechterte sich aber die Bonität der Contributor-Banken des Libor, die sich in Subprimegeschäften verzockt hatten, so dass der Libor entsprechend des Regelwerkes der BBA tatsächlich stieg.

Diese widersinnige Entwicklung verwunderte die Contributor-Banken, die darin einen Konflikt erkannten. Sie mussten jetzt entscheiden, ob sie mehr dem wenig durchdachten Regelwerk der BBA oder der ursprünglichen Idee des Libor als allgemeiner Marktindikator folgen wollten. Diesen Konflikt lösten einige Banken im Sinne der ursprünglichen Idee des Libor derart, dass Führungskräfte auf die Händler einwirkten, ihren Meldungen eine bestimmte Richtung zu geben: „Da waren laut FINMA dann auch leitende Mitarbeiter beteiligt, die ‚unangemessene Richtungsvorgaben‘ erteilt hätten.“⁹

Einen großen Fehler hat die British Bankers Association BBA gemacht. Diese teilt auf ihren Internetseiten mit, dass sie die meldenden Libor-Banken außer nach den Kriterien Größe und Expertise insbesondere auch nach ihrem Credit Rating auswählt. Die British Bankers Association hätte in den kritischen Tagen der Subprimekrise, als die großen Banken drastisch an Bonität verloren, diese gar nicht mehr zum Libor-Verfahren zulassen dürfen. Sie hat dies aber unterlassen und dadurch eine erhebliche Mitschuld an allem,

was folgte.¹⁰

Aber genau deshalb, weil die bonitätsbedingt kriselnden Banken nicht aus dem Contributorkreis herausgenommen wurden, hatten letztlich jene Händler Recht, welche die Bonitätsverschlechterungen ihrer Banken nicht voll weitergaben: sie haben genau das Ergebnis herbeigeführt, das sich ohnehin eingestellt hätte, wenn der Libor ein besser durchdachtes Regelwerk gehabt hätte, wenn die BBA die Problembanken schneller herausgenommen hätte oder wenn noch die alte Frage von vor 1998 gestellt worden wäre. All die Händler, die dazu beitrugen, den Libor von individuellen Bonitätsproblemen einzelner Contributor-Banken zu befreien und die eigentliche zugrundeliegende Entwicklung am Geldmarkt sichtbar werden zu lassen, haben den Marktteilnehmern einen richtigen Dienst erwiesen.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Zusammenfassend lässt sich sagen: Der Libor ist ein Marktindikator für die Lage am Geldmarkt im Allgemeinen. Dazu darf er nicht von Bonitätsproblemen einzelner Banken belastet sein. Die traditionellen Indikatoren am Londoner Geldmarkt zeigten genau dieses. Die British Bankers Association hat sich 1998 zu einer oberflächlich durchdachten Revision der Regeln der Libor-Feststellung hinreißen lassen. Diese neuen Regeln wirkten sich in der Subprimekrise desaströs aus. Die Händler wurden in dieser Krise erstmals mit den negativen Konsequenzen dieser Regel konfrontiert. Die Händler der Libor-Banken haben intuitiv das Richtige getan, indem sie die Risikoaufschläge, die im Libor nichts zu suchen haben, nicht meldeten. Sie haben sich vielleicht rechts- und regelwidrig, aber ökonomisch durchaus vernünftig verhalten.

⁹ Quelle: <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken/milliardenstrafe-im-libor-skandal-auch-leitende-mitarbeiter-waren-beteiligt/7542418-3.html>

¹⁰ Siehe <http://www.bbalibor.com/bbalibor-explained/historical-perspective>

Die Sieger des SAXEED-Ideenwettbewerbs

von Sissy Friedrich



Die Finalisten und Sponsoren der diesjährigen Auflage des SAXEED „Schicke Ideen 2012“-Wettbewerbs. Foto: SAXEED

Ski fahren im Sommer und das Filtern von Hormonen aus dem Trinkwasser: Eine bunte Mischung innovativer Geschäftsideen wurde zur Preisverleihung des SAXEED „Schicke Ideen 2012“-Wettbewerbs am 3. Dezember 2012 ausgezeichnet.

Bereits zum achten Mal veranstaltete das Gründernetzwerk SAXEED den Ideenwettbewerb „Schicke Ideen“. Die feierliche Preisverleihung fand am 3. Dezember 2012 im Treff am Campus in der Mensa Reichenhainer Straße der TU Chemnitz statt. Im Vorfeld wählte eine Jury aus Unternehmern, Hochschulmitarbeitern und Gründerförderern aus 41 Einreichungen die besten Ideen aus. Zur Preisverleihung traten die Teams in einem Elevator Pitch gegeneinander an und mussten in nur drei Minuten die Live-Jury sowie das Publikum von sich und ihrer Geschäftsidee überzeugen. Durch die Veranstaltung führte Prof. Dr. Cornelia Zanger, Professorin für Marketing und Handelsbetriebslehre an der TU Chemnitz und Projektleiterin des Gründernetzwerkes SAXEED.

Mit einer textilen Skipiste überzeugte das Team von „Mr. Snow“ um die Gründer Jens Reindl, Arndt Schumann und Felix Neubert und erreichte den ersten Platz in der Kategorie Wissenschaft. „Als begeisterte Skifahrer freuen wir uns riesig, dass wir in Zusammenarbeit mit der Professur Fördertechnik an der TU Chemnitz unsere Idee soweit reifen lassen konnten, dass wir zunächst die Juroren und dann auch das Publikum für unsere Geschäftsidee

gewinnen konnten“, erklärt Reindl. Das Team entwickelte eine textile Gleitfläche, die ganzjähriges Skifahren und Rodelvergnügen ohne Schnee ermöglicht. „Im kommenden Jahr wollen wir unser Produkt serienreif machen und aktiv den Kontakt zu Kunden herstellen. Außerdem haben wir uns als längerfristiges Ziel gesetzt, Arbeitsplätze zu schaffen, unsere Produktion in Sachsen zu halten und unseren Geschäftsstandort in Chemnitz zu sichern“, so Reindl weiter.

In der Kategorie Studenten punktete das Team „puromonesystems“ von der Hochschule Mittweida. Die Erkenntnis, dass Trinkwasser zunehmend durch Hormon- und Medikamentenrückstände verunreinigt ist, führte Sarah Fröbel, Alexander Eisold, Florian Kaiser, Daniel Stockmann und Eric Zuchantke zu ihrer Geschäftsidee. Sie werden ein Filtersystem entwickeln, das in der Lage ist, Hormon- und Medikamentenrückstände aus dem Nutzwasser zu entfernen. Die beiden Siegerteams konnten sich jeweils über ein Preisgeld in Höhe von 1.000 Euro freuen.

Neu in diesem Jahr war die Auslobung eines Sonderpreises für die beste Softwareidee. Jann Kirchhoff

von der TU Chemnitz überzeugte mit seiner Idee „WeBASE“ - eine Corporate Social Media Plattform oder anders gesagt: ein Facebook für das Unternehmensnetzwerk, um die interne Kommunikation großer Unternehmen zu verbessern. Den Anstoß zur Idee lieferten Kirchhoffs Erfahrungen mit den internen Netzwerken großer Konzerne der IT- und Automobilbranche. Historisch gewachsene Intranets sind häufig undurchsichtig und für den Nutzer schier unbeherrschbar. WeBASE bietet eine flexibel skalierbare Plattform für einen organisierten Neustart. Dieser Preis wurde von der chemmedia AG gestiftet und mit einem MacBook Pro mit Retina-Display belohnt.

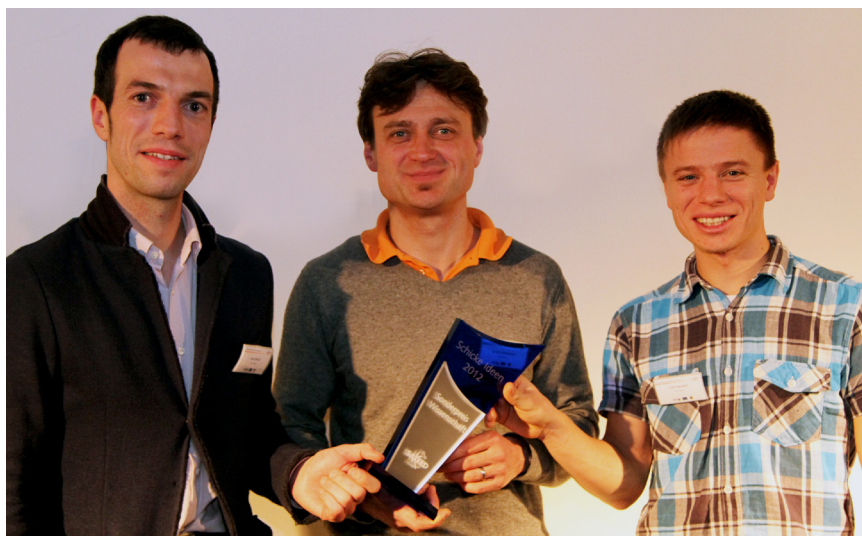
Der zweite Platz in der Kategorie Studenten ging an „eEscape Motorsport“. Das Team der TU Bergakademie Freiberg entwickelte einen einsitzigen Elektro-Rennwagen. Den dritten Platz in der gleichen Kategorie erhielt Eric Degen, Student des Studiengangs Sports Engineering an der TU Chemnitz, mit seiner Idee „Squennis - die nächste Generation Tischtennis“. Hinter der Idee steht eine neue Indoor-Sportart auf der Basis des Tischtennis. Degen ist sehr zufrieden mit dem Verlauf des Wettbewerbs: „Ich fühlte mich durch das SAXEED-Team nicht nur in der Vorbereitung des Wettbewerbs sehr gut betreut. Auch das Feedback der Juroren im



Das Studententeam „puromonesystems“ von der Hochschule Mittweida erreichte den ersten Platz mit ihrer Idee eines Filtersystems, das in der Lage ist, Hormon- und Medikamentenrückstände aus dem Nutzwasser zu entfernen. Foto: SAXEED



Jann Kirchhoff von der TU Chemnitz ist glücklicher Gewinner des chemmedia Sonderpreises für die beste Softwareidee. Foto: SAXEED



Jens Reindl, Arndt Schumann und Felix Neubert (v.l.) von „Mr. Snow“ - einem Gründungsprojekt der TU Chemnitz - gewannen mit ihrer textilen Ski- und Rodelpiste den ersten Platz in der Kategorie Wissenschaft. Foto: SAXEED

Nachgang des Wettbewerbs ist für jedes Team sehr hilfreich - egal ob man im Finale stand oder nicht.“ Außerdem berichtet er weiter: „Sehr schön am Ideenwettbewerb finde ich, dass die Hürde zur Teilnahme sehr niedrig ist. Auch mit einer unausgereiften Idee kann man am Wettbewerb teilnehmen und die fünf Seiten mit vorgegebenen Fragen zur Geschäftsidee sind für jedermann zu bewältigen. Daher kann ich nur jeden dazu ermutigen, im nächsten Jahr am Wettbewerb teilzunehmen.“

Hintergrund zum Wettbewerb

Das Gründernetzwerk SAXEED der südwestsächsischen Hochschulen macht es sich mit dem Wettbewerb „Schicke Ideen“ zur Aufgabe, unter allen Einsendungen die innovativste Geschäftsidee zu finden. Zur Teilnahme aufgerufen waren alle Studenten, Mitarbeiter und Professoren der vier SAXEED-Standorte: TU Chemnitz, TU Bergakademie Freiberg, Hochschule Mittweida sowie Westsächsische Hochschule Zwickau. Ganz egal, ob verrückt, gewagt oder völlig normal - in einem zwei- bis fünfseitigen überzeugenden Konzept sollte die Idee dargestellt werden. Nicht auf einen detaillierten Businessplan, sondern vielmehr auf eine kurze Beschreibung des zu erwartenden Kundennutzens, der Marktsituation, des geschätzten Marktpotenzials sowie den ersten Vorstellungen zur Umsetzung kam es dabei an. Jeder Teilnehmer bzw. jedes Team erhält ein vielschichtiges Juryfeedback aus drei Perspektiven: Wissenschaft (Professoren), Wirtschaft / Banken (erfolgreiche Existenzgründer, regionale Banken und Kapitalgeber) sowie Existenzgründungsförderung. Der Ideenwettbewerb folgt der Philosophie des Gründernetzwerks SAXEED, Studenten, Hochschulmitarbeiter und Professoren für eigene Geschäftsideen zu motivieren und sie für die Möglichkeit einer Existenzgründung zu sensibilisieren. Der Startschuss für den nächsten SAXEED-Ideenwettbewerb fällt zu Beginn des Sommersemesters 2013.

Zitate und Ökonomie

„Es ist gut, dass die Menschen unser Banken- und Finanzsystem nicht durchschauen. Würden sie es nämlich, so hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh!“

Henry Ford (Unternehmer)

„Der Mensch soll lieber nach Reichtum als nach Weisheit streben. Denn ich sehe die Weisen vor den Türen der Reichen, nicht aber die Reichen vor den Türen der Weisen.“

Simonides von Keos (Philosoph)

„Die sechs Phasen der Planung: Begeisterung, Ernüchterung, Panik, Suche nach dem Schuldigen, Bestrafung der Unschuldigen, Auszeichnung der Nichtbeteiligten.“

Anonym

Veranstaltungshinweise

21.05.2013 | Projekttag

„Solidarische Ökonomie“

TU Chemnitz / Neues Hörsaalgebäude, Raum 2013

Studierende der Europastudien und die Juniorprofessur für Europäisches Management bieten einen ganztägigen Projekttag zum Thema *Solidarische Ökonomie* an. Als Referenten werden unter Anderem Elisabeth Voß (freie Publizistin) und Daniela Kolbe (Vorsitzende der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, MdB) aufgeführt. Die Veranstalter weisen darauf hin, dass nicht nur Studierende sondern alle Interessenten herzlich eingeladen sind. Es wird keine Teilnahmegebühr erhoben, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Die Veranstaltung wird am 21.05.2013, von 14:00 Uhr bis 19:00 Uhr stattfinden.

Nähere Informationen zu der Veranstaltung finden sich unter: <http://www.tu-chemnitz.de/wirtschaft/ema/Projekttag%20Soli.php>

27.05.2013 | Workshop

„Geschäftsmodelle gestalten“

TU Chemnitz / SAXEED, SAXEED Seminarraum 401 (4. Etage im Pegasus Center)

SAXEED bietet einen ganztägigen Workshop zum Thema *Geschäftsmodelle gestalten* an. Die Veranstaltung richtet sich an Studierende, Alumni und Mitar-

beiter der TU Chemnitz. Es wird keine Teilnahmegebühr erhoben, eine möglichst frühzeitige, verbindliche Anmeldung ist jedoch erforderlich.

Nähere Informationen zu der Veranstaltung finden sich unter: <http://www.saxeed.net/index.php?content=32&id=38®ion=Chemnitz>

18.06.2013 | Vortrag

„Die Bedeutung von Informationen für die Streuung posteriorer Erwartungen“

TU Chemnitz / Thüringer Weg 7

Im Rahmen des Chemnitzer Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsseminars wird Professor Dr. Bernhard Eckwert von der Universität Bielefeld zum Thema *Die Bedeutung von Informationen für die Streuung posteriorer Erwartungen* referieren.

Der Vortrag wird in Raum K 012 im Thüringer Weg 7 zu hören sein. Das Forschungsseminar wird unter der Federführung der Professur Finanzwissenschaft ausgerichtet und dient dem „wissenschaftlichen Austausch mit Referentinnen und Referenten von nationalen und internationalen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Institutionen“. Es wird keine Teilnahmegebühr erhoben. Der Vortrag wird am Dienstag, den 18.06.2013, von 17:30 Uhr bis 20:00 Uhr stattfinden.

Nähere Informationen zu der Veranstaltung finden sich unter: <https://www.tu-chemnitz.de/wirtschaft/vwl4/forschungsseminar/programm-bose-13.pdf>

16.-27.09.2013 | Summer School

„Formal and Informal Economies in a Globalized World“

TU Chemnitz

Zum 7. Mal wird die American-African-European Summer School stattfinden, der Austragungsort in diesem Jahr sind die Räumlichkeiten der Technischen Universität Chemnitz.

Die TU Chemnitz und die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften lädt die Studenten ihrer Hochschule und der Partneruniversitäten ein, an einem interkulturellen und interdisziplinären Studienprogramm zum Thema *Formal and Informal Economies in a Globalized World* teilzunehmen. Der Veranstaltung wird am Ende des Sommersemesters stattfinden und am 16. September 2013 beginnen. Um an der AAE Summer School teilnehmen zu können ist eine Bewerbung notwendig, bei Interesse ist diese bis zum 20. Mai 2013 bei Andreas Taffertshofer einzureichen.

Nähere Informationen zu der Veranstaltung finden sich unter: <http://www.tu-chemnitz.de/wirtschaft/summer-school/2013/2013.php>

Impressum

Herausgeber: Chemnitzer Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft e. V.
c/o Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, TU Chemnitz, 09107 Chemnitz

Annahme von Beiträgen und Redaktion: Prof. Dr. Klaus D. John, Thüringer Weg 7, Zi. 304
Telefon: 0371/531-34198, E-Mail: k.john@wirtschaft.tu-chemnitz.de

Annahme von Beiträgen, Layout und Redaktion: Sebastian Ludwicki-Ziegler, Thüringer Weg 7, Zi. 303
Telefon: 0371/531-26340, E-Mail: cwg.dialog@gmail.com

ISSN (Print-Ausgabe): 1610 – 8248 – ISSN (Internet-Ausgabe): 1610 – 823X

- Alle bisher erschienenen Ausgaben sind unter <http://www.tu-chemnitz.de/chemnitz/vereine/cwg> als Download verfügbar. -
